



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 125 • Die Woche im Bundestag • 23.11.2012

Ernste Zeiten brauchen Klarheit und Verlässlichkeit

Die Lage im Nahen Osten erfüllt uns mit großer Sorge. Klar ist aber, dass Israel ein Recht auf Selbstverteidigung hat, wenn es angegriffen wird. Wir hoffen allerdings, dass die vielfältigen diplomatischen Bemühungen helfen können, einen Krieg zu verhindern.

Beeindruckend ist die Klarheit, mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel in Russland die deutsche Sichte der Dinge vorgetragen hat. In der Tat ist es bei der Beziehung zwischen Staaten ähnlich wie im persönlichen Leben: Gute Partner können sich gegenseitig die Wahrheit sagen, ohne dass die Freundschaft zerbricht – im Gegenteil, sie wächst dadurch und wird stabiler.

Auch mit Blick auf Griechenland empfiehlt sich ein realistischer Blick auf die Entwicklung. Natürlich hat Griechenland längst nicht alle Probleme gemeistert, aber die Weichen wurden richtig gestellt. Auf Grundlage des Troika-Berichtes werden wir die Entscheidungen für die nächsten Schritte treffen können. Ein von manchen vorgeschlagener Schuldenschnitt, der auch die öffentlichen Gläubiger in Anspruch nimmt, ist völlig abwegig. Er wäre ein falsches Zeichen und würde den Reformwillen der europäischen Staaten insgesamt schmälern. Unser aller Interesse muss es sein, unsere Währung und unseren Wirtschaftsraum zu stabilisieren. Europa ist nicht allein in der Welt. Andere warten nicht auf uns, sondern nehmen ihre Chancen wahr. Auch darauf gilt es sich einzustellen.

Die politische Konkurrenz verirrt sich.

Der designierte SPD-Kanzlerkandidat beherrscht zwar gerne die Schlagzeilen, hat aber große Probleme Anspruch und Wirklichkeit zusammenzubringen.

Besonders übel stößt angesichts der Gewalt in Nahost auf, dass die SPD auf die falschen Partner setzt. Wie einst mit der SED, führt sie jetzt mit dem militanten Arm der PLO, der Fatah, Gespräche über gemeinsame Grundwerte. Die Ziele und Grundwerte der Fatah sind in ihrem Wappen symbolisiert: Neben Waffen enthält es eine Landkarte von Palästina, die Israel allerdings schon gar nicht mehr enthält. Waffen als Symbol und eine Karte ohne Israel – das sind unsere Grundwerte nicht.

In grundlegenden innenpolitischen Fragen wird nicht klar, was die SPD will: Auf der einen Seite fordert sie eine höhere Besteuerung von Millionen. Gleichzeitig blockiert sie im Bundesrat das Geld-zurück-Abkommen mit der Schweiz und sorgt so dafür, dass deutsche Gelder in der Schweiz unversteuert und Reiche ungeschoren bleiben. Die SPD lässt sich lieber auf halb-kriminelle Datenhändler ein und verweigert sich jeder Systematik – das ist folgenlose Kavallerie-Androhung anstatt wirklicher Steuergerechtigkeit.

Steuergerechtigkeit ist vor allem für Geringverdiener wichtig. Deswegen gibt es unseren Gesetzentwurf gegen die 'kalte Progression', der nicht nur den heimlichen Zugriff des Fiskus bei Lohnzuwächsen begrenzt, sondern auch das ab 2013 geltende Existenzminimum steuerfrei stellt. Aber auch diesen Gesetzentwurf blockiert die SPD im Bundesrat und sorgt so dafür, dass ab Januar 2013 möglicherweise sogar das Existenzminimum besteuert wird. Vielleicht sollte die Sozialdemokratische Partei wenigstens hier wieder ihre alte Perspektive einnehmen und sich gegen den Bankenführer durchsetzen.

Koalition mit strikter Haushaltsdisziplin.

Als Ziel der parlamentarischen Beratungen des Bundeshaushalts 2013 hatten wir uns vorgenommen, keine höhere Neuverschuldung zuzulassen, als im Regierungsentwurf vorgesehen war. Mit anderen Worten: Alle Veränderungen am Entwurf mussten gegenfinanziert werden.

Das ist uns nicht nur gelungen, sondern wir haben unser Ziel sogar noch übertroffen und konnten die geplante Nettokreditaufnahme um 1,7 Milliarden Euro auf 17,1 Milliarden Euro absenken. Damit unterschreiten wir die nach der Schuldenbremse maximal zulässige Nettokreditaufnahme von 41,4 Milliarden Euro um 24,3 Milliarden Euro. Wir haben in der Koalition Ehrgeiz und Disziplin bewiesen.

Die strukturelle Neuverschuldung sinkt kontinuierlich von 20 Milliarden Euro im Jahr 2011 auf 15 Milliarden Euro im laufenden und 8,8 Milliarden Euro im kommenden Jahr. Der für 2014 angestrebte strukturelle Haushaltsausgleich rückt in greifbare Nähe. Und die nach der Schuldenbremse mögliche strukturelle Nettokreditaufnahme von 0,35% des BIP halten wir 2013 bereits drei Jahre früher ein als vom Grundgesetz verlangt.

Auf der Ausgabenseite ist uns eine einmalige Leistung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gelungen: Die Ausgaben sinken im kommenden Jahr gegenüber dem Beginn der Legislaturperiode in 2010 nominal ab - trotz abnehmender Konjunktdynamik und erheblichen Mehrbelastungen. Beispielsweise zahlt der Bund 2013 eine doppelte Rate von 8,7 Milliarden Euro in das Stammkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ein und entlastet die Kommunen weiter um rund 3,2 Milliarden Euro allein durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung.

Konsolidierung heißt aber nicht 'Kaputtsparen' - im Gegenteil: Wir sanieren den Bundeshaushalt wachstumsfreundlich und haben daher im parlamentarischen Verfahren wie schon im vergangenen Jahr zusätzliche Mittel für Straße, Bahn und Wasserwege bereitgestellt. Nach der zusätzlichen Milliarde vom vergangenen Jahr stellt die Koalition 2013 zusätzliche 750 Millionen Euro vorrangig für Neubauprojekte zur Verfügung. Wir stärken nicht nur den Haushalt, sondern auch den Standort.

Arbeitgeber bescheinigen ehemaligen Hartz IV-Empfängern deutliches Potenzial

Eine erstmals durchgeführte repräsentative Studie über die Erfahrungen von Arbeitgebern mit ehemaligen Hartz IV-Empfängern beleuchtet die Zufriedenheit der Arbeitgeber mit den ehemaligen Arbeitssuchenden. Demnach sind 67% der Arbeitgeber aus den Branchen Pflege, Handwerk und Gastronomie zufrieden mit ihren neuen Mitarbeitern – jeder vierte Arbeitgeber (25%) ist sogar sehr zufrieden. Wie das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit weiter ermittelte, sind Hartz IV-Empfänger dem Urteil der Arbeitgeber zufolge mehrheitlich pünktlich, teamfähig, flexibel, zuverlässig, motiviert und auch qualifiziert. Dabei unterscheidet sich die Leistung ehemaliger Hartz IV-Empfänger nicht nennenswert von der Leistung anderer Mitarbeiter, mit 55% sieht die Mehrheit der Arbeitgeber „kaum Unterschiede“.

Demzufolge würden 75% der Befragten aufgrund ihrer Erfahrungen wieder einen ehemaligen Hartz IV-Empfänger einstellen. 53% jener Arbeitgeber, in deren Branchen es laut eigenem Urteil einen Arbeitskräftemangel gibt, sind außerdem überzeugt, dass man dem Mangel an Arbeitskräften mit der Einstellung von Hartz IV-Empfängern erfolgreich entgegenwirken kann.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Erneut weniger Empfänger sozialer Mindestsicherung in 2011

Die Zahl von Empfängern sozialer Mindestsicherungsleistungen ist in Deutschland im vergangenen Jahr erneut zurückgegangen. Zum Jahresende erhielten rund 7,3 Millionen Menschen und damit 8,9% der Bevölkerung Transferleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts. Wie das Statistische Bundesamt (StatBA) mitteilt, ist dies der niedrigste Wert seit der erstmaligen Berechnung im Jahr 2006.

Dabei sank die Inanspruchnahme von Leistungen der sozialen Mindestsicherung gegenüber 2006 in allen Ländern, wobei der Rückgang in Mecklenburg-Vorpommern am stärksten war. Mit 18,9% war die Quote zum Jahresende 2011 in Berlin am höchsten, in Bayern war sie mit 4,3% am niedrigsten.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)